

# Rechte Bedrohungsallianzen in städtischen Zentren und ländlichen Peripherien – eine vergleichende Analyse

*Manuela Freiheit, Peter Sitzler und Wilhelm Heitmeyer*

## 1. Einleitung<sup>1</sup>

Rechtsextremismus und autoritäre Politikvorstellungen werden häufig als problematische Haltung von Modernisierungs- und Bildungsverlierer:innen, insbesondere junger Männer, in ländlichen und ehemaligen Industrieregionen beschrieben. Dies treffe vor allem auf die ländlichen und strukturschwachen Regionen Ostdeutschlands zu. Tatsächlich scheint ein Blick auf die geografische Verteilung der Stimmenanteile der Partei Alternative für Deutschland (AfD) diese Einschätzung zu bestätigen. So erhielt die AfD bei der Bundestagswahl 2017 in den Städten und Stadtregionen weniger Zweitstimmen als in den ländlichen Regionen (Bescherer et al. 2018: 4). Auch bei den jüngsten Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt haben in erster Linie junge Männer in ländlichen Wahlkreisen die AfD gewählt.<sup>2</sup> In eine ähnliche Richtung verweisen auch die empirischen Befunde zur sozial-räumlichen Verteilung und Verdichtung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Betrachtet man die Bundesrepublik insgesamt, sind die Werte zu fremdenfeindlichen, antisemitischen und autoritären Einstellungen in den ostdeutschen Bundesländern besonders ausgeprägt (Babka von Gostomski et al. 2007: 120). Zieht man den Radius noch einmal etwas enger und vergleicht die städtischen bzw. stadtteilbezogenen und ländlichen Sozialräume, so zeigt sich, dass fremdenfeindliche Einstellungen in kleineren sowie ostdeutschen Orten signifikant höher ausfallen als in Städten und westdeutschen Regionen (Petzke et al. 2007: 62).

Gleichzeitig gibt es aber auch gute Gründe, den schroffen Gegensatz zwischen Stadt und Land, Ost und West genauer zu betrachten. Ein Indiz dafür sind beispielsweise die »verinselten« Erfolge der AfD bei der Bundestagswahl 2017 im Ruhrgebiet,

---

1 Der Text basiert auf dem Buch »Rechte Bedrohungsallianzen«, das im Oktober 2020 im Suhrkamp-Verlag erschienen ist. Es werden die wissenschaftlichen Zugänge und Ergebnisse in kompakter Form dargestellt und mit einigen neuen Akzentuierungen versehen.

2 <https://www.zeit.de/campus/2021-06/afd-sachsen-anhalt-junge-ostdeutsche-landtagswahl/seite-2>, zuletzt geprüft am 26.10.2021.

im baden-württembergischen Mannheim oder in Berlin (siehe u.a. Heitmeyer et al. 2020: 182). Ein ähnliches Bild zeigt sich auch für die jüngste Bundestagswahl 2021. Eine kleinräumige Betrachtung lässt zudem erkennen, dass die Stimmenanteile der AfD in den städtischen Randgebieten sich vom ländlichen Raum nur wenig unterscheiden (Bescherer et al. 2018: 4). Auch die flüchtlingsfeindlichen Angriffe in 2015/16 oder die staatlichen Verbotswellen rechtsextremer Gruppierungen in westdeutschen Städten und Kommunen (so zum Beispiel der »Nationale Widerstand Dortmund«, das »Freie Netz Süd« in Bayern oder die »Autonomen Nationalisten Göppingen« in Baden-Württemberg) stehen einer solchen Gegenüberstellung zwischen Stadt und Land, Ost und West negativ gegenüber.

Ein genauerer Blick zeigt vielmehr, dass die AfD vor allem in Regionen reüssieren konnte, wo alte ökonomische und soziale Probleme auf neue Herausforderungen treffen, so zum Beispiel auf die Unterbringung von geflüchteten Personen. Und auch die Einstellungsforschung, die über die Erfassung des Wahlverhaltens hinausgeht, zeigt, dass gruppenbezogen-menschenfeindliche Einstellungen in wirtschaftlich abwärtsdriftenden Regionen deutlich stärker ausgeprägt sind als in wirtschaftlich aufwärtsstrebenden Regionen (Grau et al. 2012: 143f.). »Statistisch ist es demnach egal«, wie auch Quent (2016) in Bezug auf eine empirische Untersuchung hessischer und thüringischer Regionen formuliert, »ob man in Thüringen oder Hessen aufgewachsen ist: Einfluss auf die Affinität zum Rechtsextremismus haben vor allem die ökonomische Lage der Umgebung im Vergleich zu anderen sowie die Deutungsweisen dieser Situation.«

Ähnliches gilt für das Gefühl politischer und gesellschaftlicher Machtlosigkeit. Auch hier zeigen sich moderate bis starke Zusammenhänge zwischen dem Gefühl persönlicher Machtlosigkeit im Hinblick auf gesellschaftliche und politische Prozesse sowie der Abwertung gesellschaftlich schwacher Gruppen (Grau et al. 2012: 143f.). Zwar steht eine umfassende Erklärung noch aus, doch kann wohl davon ausgegangen werden, dass der demokratischen politischen Kultur in den jeweiligen Städten und Gemeinden eine entscheidende Funktion zukommt und es wichtig ist, dass eine »reflexive und reaktionsfähige Stadtgesellschaft« sich dem Agieren rechter bzw. rechtsextremer Gruppierungen entgegenstellt (vgl. ebd.; siehe auch Heitmeyer 2002; Strobl et al. 2003; Quent/Schulz 2015). Davon hängt mittelfristig ab, inwiefern sich Gruppierungen aus dem rechten Spektrum erfolgreich etablieren können oder nicht (ebd.).

Ein Blick auf den Forschungsstand zeigt allerdings, dass die Frage nach der »Raumordnung« (Wagner 2008: 15) bislang nicht hinreichend behandelt wurde. Insbesondere die Frage nach den spezifischen Bedingungen und Gelegenheitsstrukturen, die es rechtsextremen Gruppen ermöglichen, in unterschiedlichen sozialräumlichen Kontexten zu agieren, wurde bisher nicht hinlänglich untersucht.

Nachfolgend soll daher den begünstigenden und hemmenden Gelegenheitsstrukturen für Raumeroberungen durch rechte Bedrohungsallianzen nachgegan-

gen werden. Sie sollen vergleichend für städtische und ländlich-kleinstädtische Sozialräume herausgearbeitet werden. Das Konzept der rechten Bedrohungsallianzen verweist dabei auf die Notwendigkeit, die verschiedenen Akteure im rechten Spektrum und ihre wechselseitigen Legitimationen zu analysieren. Diese Allianzen sind unübersehbar; sie müssen allerdings in ihrem Zusammenwirken genauer betrachtet werden (Heitmeyer et al. 2020: 18f.).

Empirisch stützt sich der Beitrag dazu auf das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderte Projekt »Autonome Nationalisten«, das von 2015 bis 2017 am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld durchgeführt wurde. Ziel der Untersuchung war es, den Aktivitäten der sogenannten Autonomen Nationalisten (AN) bzw. vergleichbarer bewegungsförmiger Gruppierungen und deren Folgen in städtischen und ländlichen Kontexten nachzugehen. Hierzu wurden umfangreiche Sozialraumanalysen erstellt und mit den Aktivitäten der verschiedenen Gruppen in den ausgewählten Sozialräumen in Verbindung gebracht.<sup>3</sup>

Bezüglich der Großstädte wurden Berlin und Dortmund untersucht. Mit Blick auf die Kleinstädte wurden Kahla und Saalfeld in Thüringen sowie Buchholz in der Nordheide und Tostedt in Niedersachsen ausgewählt. In allen Sozialräumen waren zum Zeitpunkt der Untersuchung verschiedene Gruppen des bewegungsförmigen Rechtsextremismus aktiv, die jedoch unterschiedlich stark im Stadtbild und im Gemeinwesen der Untersuchungsräume in Erscheinung traten. Der Auswahl der Untersuchungsorte gingen dabei eine umfängliche Sichtung des Forschungsstands, Pressebeobachtungen, Internetrecherchen sowie Gespräche mit lokalen Expert:innen voraus.

Bevor wir im Folgenden auf die empirischen Ergebnisse eingehen, soll zunächst jedoch der notwendige analytische Rahmen für rechte Bedrohungsallianzen in großstädtischen und ländlich-kleinstädtischen Räumen näher vorgestellt werden.

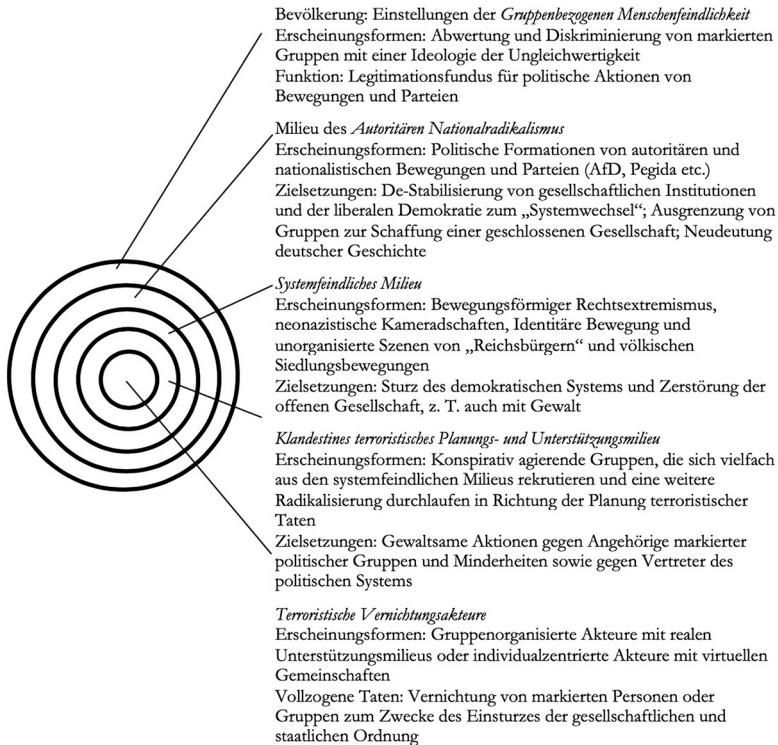
## **2. Der Analyserahmen für rechte Bedrohungsallianzen: Das konzentrische Eskalationskontinuum**

Als ab 2011 das volle Ausmaß der Taten des »Nationalsozialistischen Untergrundes« (NSU) ans Tageslicht kam, wurde in den Medien und von der Politik vielfach ein dichotomisches Bild »deutscher Zustände« gezeichnet: auf der einen Seite die sozial und menschlich intakte Gesellschaft, auf der anderen die verbrecherische Terrorzelle.

---

3 Siehe auch <https://gepris.dfg.de/gepris/projekt/254142102/ergebnisse?context=projekt&task=showDetail&id=254142102&selectedSubTab=2&>, zuletzt geprüft am 26.10.2021.

Abb. 1: Das Konzentrische Eskalationskontinuum, Quelle: Das Konzept ist 2002 von Borstel/Heitmeyer vorgestellt und 2018 von Heitmeyer ergänzt worden. Die neue, wiederum angepasste Variante entstammt Heitmeyer et al. 2020: 59



Eine solche Form der politischen Selbstentlastung, die auch vor dem Verfassungsschutz, der Polizei und der Justiz nicht haltmachte, behinderte lange die gesellschaftliche Selbstaufklärung und Strafverfolgung, wie sich beispielsweise im NSU-Prozess gezeigt hat (vgl. u.a. Schultz 2018). Dass ein solches dichotomisches Bild »deutscher Zustände« nicht haltbar ist, zeigten auch Ausschreitungen gegen die Unterbringung geflüchteter Personen, insbesondere in den Jahren 2015 und 2016, an denen sich neben rechtsextremen Gruppen auch »ganz normale Bürger:innen« beteiligten und anlassbezogenen Allianzen mit Akteuren aus dem rechten Spektrum eingingen. Zwar wird rechtsextremistische Gewalt zahlenmäßig nur von einem sehr kleinen Teil der Bevölkerung ausgeübt, unsere zentrale These ist jedoch, dass die Legitimation rechter Gewalt in einem gesellschaftlichen Umfeld stattfindet, das tief in die Mitte der Gesellschaft hineinreicht und die offene Gesellschaft und die liberale Demokratie von innen heraus bedroht.

Für die Analyse der begünstigenden und hemmenden Gelegenheitsstrukturen in ländlich-kleinstädtischen und großstädtischen Räumen ziehen wir daher ein Modell heran, das wir als »konzentrisches Eskalationskontinuum« bezeichnen (siehe Abb. 1).

Dieses Modell ist im Prinzip wie eine Zwiebel mit fünf Schichten aufgebaut: Die äußere, die größte Schicht, repräsentiert die Bevölkerung insgesamt, in der – auch abhängig von gesellschaftlichen Debatten – in unterschiedlichem Ausmaß Einstellungen zur *gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* vertreten werden. Solche Einstellungen drücken sich beispielsweise in antisemitischen, fremdenfeindlichen, muslimfeindlichen, rassistischen und/oder homophoben und sexistischen Einstellungen aus.

Diese Einstellungsvorräte macht sich die nächstkleinere Schicht, die Akteure des *autoritären Nationalradikalismus*, für ihre Zwecke zunutze. Das heißt, Teile der Bevölkerung liefern Legitimationen dafür, dass das Milieu des autoritären Nationalradikalismus, zu dessen Kern die Partei Alternative für Deutschland (AfD) und deren intellektuelles Umfeld der Neuen Rechten sowie soziale Bewegungen wie PEGIDA zählen, mit Parolen wie »Umvolkung« oder »Untergang des Abendlandes« Politik machen und sie zu Feindbildern verdichten kann.

Daraus entstehen dann, ohne dass man dies z.B. den Köpfen der AfD juristisch zurechnen kann, wiederum Legitimationsbrücken zur nächsten Schicht, einem Milieu, das wir als *systemfeindlich* bezeichnen. Hierzu zählen rechtsextreme Kleinstparteien wie Die Rechte oder die NPD, vor allem aber der bewegungsformige Rechtsextremismus einschließlich neonazistischer Kameradschaften, die in der Regel mit massiven Bedrohungen und mit Gewalt hantieren; nicht unbedingt mit einem ausdrücklichen Vernichtungswillen, wie das Rechtsterrorist:innen tun, allerdings mit handgreiflicher Gewalt gegen Andersdenkende und Minderheiten. So kann etwa der massive Anstieg rechtsextremistischer Gewalt in den Jahren 2015 und 2016, als insbesondere die AfD oder auch PEGIDA öffentlichkeitswirksam gegen die Zuwanderung geflüchteter Menschen agitierten, als Hinweis auf einen solchen Zusammenhang gelesen werden.

Die vierte, zahlenmäßig wiederum kleinere Schicht bildet das *klandestine rechtsterroristische Planungs- und Unterstützungsmilieu*, zu dem beispielsweise Combat 18 als militanter Arm des Blood-&-Honour-Netzwerks gerechnet werden kann. Gemäß der Logik des Eskalationskontinuums ist das rechtsterroristische Planungs- und Unterstützungsmilieu im Vergleich zum systemfeindlichen Milieu noch einmal deutlich radikalisiert. Man fantasiert über oder plant rechtsterroristische Vernichtungstaten insbesondere gegen Menschen jüdischen Glaubens und Muslim:innen, weil mit ihnen »die Bedrohung des deutschen Volks« verbunden wird, zum Teil noch bestärkt und legitimiert durch Verschwörungsideologien. Dazu errichtet das klandestine Planungs- und Unterstützungsmilieu keine zusätzlichen Legitimationsbrücken, sondern konzentriert sich vielmehr auf »Brü-

cken zur Tat«. Ohne die Unterstützung Dritter hätte der NSU beispielsweise nicht in den Untergrund abtauchen und die Morde begehen können.

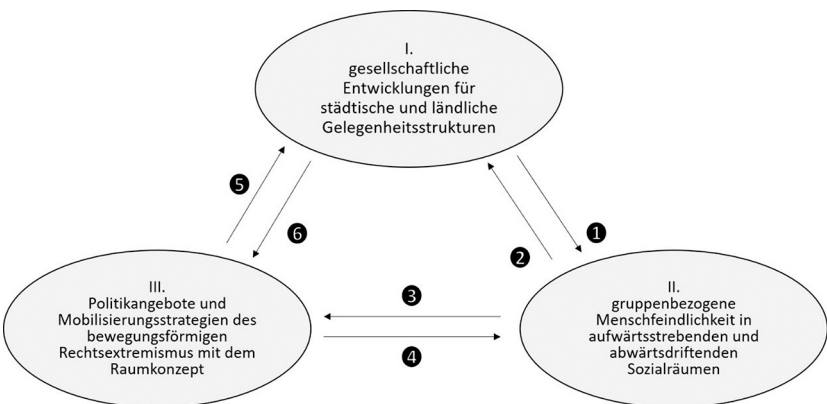
Den Kern des Eskalationskontinuums bilden schließlich *gruppenorientierte bzw. individuell agierende terroristische Vernichtungsakteure*. Legitimiert sehen sich diese durch eine Mischung aus Ideologien der Ungleichwertigkeit, Verschwörungs-ideologien und Feindbildern, die sich von innen nach außen bis in die sogenannte Mitte der Gesellschaft zurückverfolgen lassen.

Im Modell werden also einerseits verschiedene Ausschnitte des rechten Spektrums unterschieden, andererseits wird der Blick jedoch auf die *rechten Bedrohungsallianzen* als gesellschaftliches Problem gelenkt, die über die Ideologie der Ungleichwertigkeit als Kern der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit miteinander verbunden sind. Dabei nimmt die zahlenmäßige Größe der Milieus von außen nach innen ab, während die Radikalität, mit der Ideologien der Ungleichwertigkeit vertreten werden, und die Klandestinität sowie die Akzeptanz von und Bereitschaft zu (im Extremfall terroristischer) Gewalt von außen nach innen steigt. Gleichzeitig werden die inneren Schichten von den äußeren mit Legitimität versorgt. So beeinflussen die Akteure der äußersten Schicht auch die Akteure der weiteren Schichten.

Unter rechten Bedrohungsallianzen werden folglich keine formalisierten Vereinbarungen, sondern Übergänge und Verbindungen durch Legitimationsbrücken verstanden, die die offene Gesellschaft und die liberale Demokratie von innen heraus bedrohen (Heitmeyer et al. 2020: 18ff.).

Um nun die Wechselwirkungen der Akteure in verschiedenen Kontexten sichtbar zu machen, ist unseres Erachtens vor allem ein soziologisches Modell der Interaktionsanalyse hilfreich. Abbildung 2 gibt einen Überblick über die wesentlichen Prozesszusammenhänge.

Abb. 2: Prozesszusammenhänge in sozialräumlichen Kontexten, Quelle: Heitmeyer 2011: 24



*Prozess 1:* Gesellschaftliche Entwicklungen erzeugen städtische bzw. stadtteilbezogene und ländliche Lebensbedingungen, die im Zusammenhang mit (Des-) Integrationsdynamiken zur Entstehung gruppenbezogen-menschenfeindlicher Einstellungen beitragen können.

*Prozess 2:* Menschenfeindliche Mentalitäten verändern das soziale Klima und die demokratische Kultur in Städten und Gemeinden und stellen spezifische Gelegenheitsstrukturen für politische Aktivitäten dar (Petzke et al. 2007; Marth et al. 2010; Grau et al. 2012).

*Prozess 3:* Gleichzeitig schaffen gruppenbezogen-menschenfeindliche Einstellungen in Teilen der Bevölkerung Legitimationen und Anreize für den bewegungsformigen Rechtsextremismus und den autoritären Nationalradikalismus.

*Prozess 4:* Dieses politische Spektrum unterbreitet je nach den spezifischen Gelegenheitsstrukturen in den jeweiligen Sozialräumen sein politisches Deutungs- und Aktionsangebot.

*Prozess 5:* Gleichzeitig skandalisieren die Akteure aus diesem Spektrum Themen wie Desintegration oder Flüchtlingsbewegungen und kritisieren die politischen Eliten, um sich zum eigentlichen Fürsprecher der nicht wahrgenommenen Bürger:innen zu stilisieren.

*Prozess 6:* Staatliche Akteure greifen unter anderem mit repressiven Mitteln dort ein, wo es zu Grenzüberschreitungen wie Bedrohungen oder Gewalt kommt. Wenn Politik und Zivilgesellschaft jedoch zulassen, dass menschenfeindliche Einstellungen und Aktionen sich normalisieren oder gar eskalieren, kann dies wiederum eine Belebung des rechtsextremen Spektrums nach sich ziehen.

Hinzu kommt, dass der moderne Rechtsextremismus explizit als »Raumordnungsbewegung« (Wagner 2008: 15) gesehen werden muss. Damit ist gemeint, dass in unterschiedlichen städtischen und ländlichen Gelegenheitsstrukturen angezielte »Raumgewinne« genutzt werden, um zu Machtgewinnen und Normalisierungen ihrer Positionen zu kommen.

Für die Analyse der oben genannten Sozialräume wurden dabei insbesondere die ersten drei »Zwiebelschichten« des Eskalationskontinuums in den Blick genommen (vgl. Abb. 1). Diese basieren zum einen auf problemzentrierten Interviews mit zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren wie der Polizei, dem Staatsschutz und/oder der Justiz. Zum anderen konnten vereinzelt auch aktive und ehemalige Akteure des rechtsextremen Spektrums für leitfadengestützte Interviews gewonnen werden, sodass das Sample insgesamt 69 Interviews um-

fasst. Ein weiterer wichtiger Bestandteil der Untersuchung war die teilnehmende Beobachtung in den Untersuchungsräumen. Wichtige Kriterien der Beobachtung waren hier vor allem die von den verschiedenen Gruppen verwendeten Symbole, Slogans, Zeichenarsenale und Parolen sowie die konkreten Interaktionen vor Ort, etwa im Umgang mit politischen Gegner:innen, der Polizei oder Medienvertreter:innen. Parallel dazu wurde eine Medienanalyse der Internetaktivitäten der rechtsextremen Gruppen in den ausgewählten Orten durchgeführt.

3. Raumordnungskämpfe in großstädtischen und ländlich-kleinstädtischen Sozialräumen

Der Kampf um Räume gehört seit jeher zum Kernbestand rechtsextremer Bewegungen und Parteien. Es geht dabei um ganz unterschiedliche Aktivitäten. Zur Analyse der Daten ziehen wir daher ein vierstufiges Raumkonzept heran (Heitmeyer 1999), das zwischen vier grundlegenden Machtansprüchen unterscheidet, die sukzessive auf sozialräumliche »Landnahmen« abzielen. Wesentlich ist, dass immer auch andere Akteure – im Sinne des Interaktionsmodells (vgl. Abb. 2) – beteiligt sind, die die Machtansprüche in den sozialen Räumen maßgeblich schwächen oder stärken können. In Tabelle 1 sind die zentralen Kategorien zur Analyse und Interpretation der empirischen Befunde dargestellt.

Tab. 1: Kriterien des Raumkampfes, Quelle: Heitmeyer et al. 2020: 198

Raumordnungsgewinne	mögliche Handlungen	Wirkung auf Nicht-Rechtsextreme und Raumordnung
Provokationsgewinne	Plakataktionen Sprühereien öffentliche Kurzauftritte Verteilungsaktionen Tabubrüche Grenzüberschreitungen	Aufmerksamkeit Empörung Abscheu Sensibilisierung
Räumungsgewinne	Gewalt gegen Angehörige markierter Gruppen raumorientierte Manifestationen Verkündung des Raumkampfes Konzentration auf bestimmte Orte	Angst und Einschüchterung Opfererfahrungen Verunsicherung Suche nach Hilfe



Raumgewinne	Demonstration des Raumgewinns weitere Gewalt gegen Angehörige markierter Gruppen Verächtlichmachung der Unterlegenen	Vertreibung von Orten Ausweichen von Orten (Umgehungsstrategien) Kenntnis von Treffpunkten
Normalisierungsgewinne	öffentliches Auftreten Rückgang von Gewalt	Akzeptanz kein Diskurs mehr (Schweigen)

Auf der ersten Stufe stehen zumeist Aktivitäten, die auf *Provokationsgewinne* abzielen. Neben Sprühereien, Aufkleberaktionen und öffentlichen Auftritten in Form von sprachlichen Provokationen konnten in den von uns in 2015 bis 2017 untersuchten Sozialräumen vor allem symbolträchtige Aktionen, wie die Besetzung des Brandenburger Tors im Jahr 2016 durch Aktivist:innen der »Identitären Bewegung«, antisemitische Einschüchterungsversuche, wie die Anfrage nach der Anzahl der in Dortmund lebenden Menschen jüdischen Glaubens von der Partei Die Rechte im Dortmunder Stadtrat, sowie unverhohlene Drohungen wie »Wir hängen nicht nur Plakate« beobachtet werden. Auch die Besetzung des Turms der Dortmunder Reinoldi-Kirche im Dezember 2016 zählt hierzu. Den klassischen Medien kommt hierbei eine wesentliche Verstärkerfunktion zu; sie verschaffen den Gruppierungen Aufmerksamkeit und Resonanz.

*Räumungsgewinne*, die zweite Stufe des Raumordnungskonzepts, sind gegeben, wenn Gegenakteure gezielt eingeschüchtert und von bestimmten Orten verdrängt werden. Im Interaktionsverhältnis ist dabei entscheidend, wie die lokale Politik reagiert. Duldet und verharmlost sie entsprechende Aktionen, kann dies weitere Eskalationsschleifen stimulieren. Eine niedrige Kontrolldichte seitens der Polizei wirkt ebenfalls förderlich.

Entsprechende Einschüchterungsversuche bis hin zu gewalttätigen Übergriffen konnten wir für alle Sozialräume beobachten. So kam es zum Zeitpunkt der Untersuchung sowohl in den großstädtischen als auch in den ländlich-klein-städtischen Sozialräumen wiederholt zu Angriffen gegenüber geflüchteten sowie linksalternativen und antifaschistisch organisierten Personen. Auch wurden insbesondere Standbetreiber:innen der SPD und der Partei DIE LINKE wiederholt bedroht, diffamiert und fotografiert. Weiterhin bedroht und eingeschüchtert wurden Anwohner:innen, die rechte Aufkleber entfernten, auch wurden wiederholt Veranstaltungen gestört, vor allem solche, die sich für Geflüchtete einsetzten oder über rechte Strukturen vor Ort informierten.

Zu dieser Strategie gehören auch große Aufmärsche einschließlich bedrohlicher »schwarzer Blöcke«. So veranstaltete beispielsweise die neonazistische Kleinstpartei Der Dritte Weg am 1. Mai 2015 in Saalfeld unter dem Motto »Arbeit – Zukunft – Heimat/Überfremdung stoppen! Kapitalismus zerschlagen! Volkstod abwenden« einen Demonstrationzug, an dem sich nach Polizeiangaben

circa 600 Personen beteiligten. Am Tag der Demonstration bewegte sich dabei eine Personengruppe von etwa 80 schwarz gekleideten Neonazis ohne Polizeibegleitung auf dem Weg vom Bahnhof Richtung Innenstadt und griff auf der Höhe des Marktplatzes zwei junge Männer und eine junge Frau schwer an.<sup>4</sup> Solche Räumungsgewinne sind zwar zeitlich begrenzt, gleichzeitig geht von ihnen aber ein erhebliches Bedrohungspotenzial aus. Dies zeigte sich auch im Oktober 2014, als die Gruppe »Hooligans gegen Salafisten« (HoGeSa) in Köln zwischen 3.000 und 5.000 Teilnehmende mobilisierte. Die Demonstration mündete in eine Straßenschlacht mit der Polizei. Auch mit der Chemnitzer Kundgebung im August 2018, zu der rechtsextreme Hooligans aufgerufen hatten, sollten Räumungsgewinne erzielt werden.

Häufiger als Großdemonstrationen wurden jedoch kleinere Demonstrationen mit oft deutlich weniger als 100 Teilnehmer:innen realisiert, die insbesondere in Dortmund genutzt wurden, um den Raumkampf in weitere Stadtbezirke zu tragen. Überregionale Resonanz erzeugte in Dortmund insbesondere auch eine Reihe von Todesanzeigen, die im Februar 2015 über ein mittlerweile gelöscht Twitter-Konto verbreitet wurden und sich gegen Mitglieder der Piratenpartei, der LINKEN, der Jungsozialisten, des Bündnisses Dortmund gegen Rechts (BDgR) sowie Journalist:innen der Ruhrzeitung und zwei Weblogs richteten, die regelmäßig über den Rechtsextremismus in Dortmund informieren. Allerdings konnte die Urhebererschaft dieser Morddrohungen bislang ebenso wenig geklärt werden wie die Farbbeutelanschläge und Hakenkreuzschmierereien an den Häusern einiger der Personen, die auch in den Todesanzeigen namentlich genannt wurden.

Auch in Berlin-Neukölln kam es während des Untersuchungszeitraums zu einer Serie von rechtsextremen Übergriffen. Dabei wurden ebenfalls Drohungen gezielt an ausgewählte Hauswände und in Treppenhäuser gesprüht, Scheiben eingeworfen und Autos angezündet. Betroffen waren neben demokratischen Kommunalpolitiker:innen und Gewerbetreibenden vor allem Menschen, die sich außerhalb der Parlamente in verschiedenen Kontexten gegen Rechtsextremismus und Rassismus engagieren. Ebenso wie in Dortmund wurden diese Angriffe durch Veröffentlichungen auf einer von Neuköllner Rechtsextremen betriebenen Facebook-Seite begleitet. Dort wurde im August 2016 neben einer Liste von Flüchtlingsunterkünften im Bezirk auch eine Karte mit Adressen linker Vereine, Parteien und Trefforte mit der Aufschrift »Neukölln wehrt sich gegen Linksextreme« veröffentlicht.<sup>5</sup>

4 Siehe z.B. auch <https://ezra.de/prozessaufakt-zu-neonazi-angriffen-am-1-mai-2015-in-saalfeld-pfefferspray-attacke-auf-solidarita%CC%88tskundgebung-vor-amtsgericht-rudolstadt/>, zuletzt geprüft am 26.10.2021.

5 Siehe auch <https://rechtsaussen.berlin/2017/06/einschuechterung-als-strategie/>, zuletzt geprüft am 26.10.2021.

Bei *Raumgewinnen*, die auf Dauer gestellt sind, ist ein differenzierteres Bild zu zeichnen. Im Fall der Dortmunder Szene ist es gelungen, ein Stadtviertel deutlich zu kennzeichnen. Einerseits durch die räumliche Konzentration verschiedener rechtsextremer Wohnprojekte, andererseits über symbolische Markierungen durch unzählige Aufkleber, Sprühereien und großformatige Graffiti, denen mit Reinigungsaktionen allein nicht beizukommen war und ist, weil sie zeitnah wiederhergestellt wurden und werden. »Dorstfeld ist unser Kiez!«, lautet etwa ein Slogan, der in Dortmund-Dorstfeld zahlreiche Häuserwände ziert. Auch stehen den rechtsextremen Akteuren seit 2016 die Räumlichkeiten einer ehemaligen Wirtschaft für Kameradschaftsabende, Parteiversammlungen, Fortbildungen, Vortragsabende und kleinere Konzerte zur Verfügung. Zudem kam es während des Untersuchungszeitraums wiederholt zu persönlichen Bedrohungen, wenn politische Gegner:innen sich in die beanspruchten Straßenzüge begaben. So bot einer unserer Interviewpartner:innen eine gemeinsame Besichtigung Dorstfelds an, hätte zu unserem Schutz allerdings Polizeischutz angefordert. Auch wurde in der Vergangenheit eine Familie so lange bedroht, bis sie die Stadt verließ.

Zwar gibt es auch in Berlin einzelne Räume (z.B. Kneipen, Läden oder auch öffentliche Plätze), die vorrangig von rechtsextremen Akteuren aufgesucht und von anderen Bewohner:innen weitgehend gemieden werden. Insgesamt kann in Berlin zum Zeitpunkt der Untersuchung jedoch nicht von vergleichbaren Raumgewinnen wie in Dortmund-Dorstfeld gesprochen werden. Wie groß der Druck auf die Berliner Szene mittlerweile geworden ist, verdeutlicht auch die Tatsache, dass es für die Berliner Aktivist:innen im Unterschied zu ihren Dortmunder Gesinnungsgenoss:innen immer schwerer wurde, Immobilien als feste Trefforte zu etablieren und diese langfristig zu halten.

Doch ebenso wie in Berlin sind auch der zivilgesellschaftliche Gegenwind und der Druck vonseiten der Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden in Dortmund sehr hoch. Beides hinterließ in den letzten Jahren offenbar Spuren. Nach Jahren verschärfter Ermittlungen sei »die Dortmunder Neonazi-Szene [...] spürbar geschwächt«, so Polizeipräsident Gregor Lange in der Süddeutschen Zeitung im März 2021 (Wernicke 2021). Zur Begründung verwies Lange darauf, dass die Zahl rechtsextremer Machtansprüche auf der Straße zurückgegangen sei. Fackelzüge vor Flüchtlingsheimen wie noch im Jahr 2015 oder Demonstrationen mit Nazi-Sprüchen würden inzwischen vorab von Gerichten verboten – oder bei Verstößen von der Polizei aufgelöst und strafrechtlich verfolgt (ebd.). Auch politisch hätte das systemfeindliche rechtsextreme Milieu, das sich in Dortmund in erster Linie um die Partei Die Rechte gruppiert, gegenüber 2014 mehr als ein Drittel ihrer Wähler:innenstimmen verloren. Dies sei vor allem ein Erfolg der Dortmunder Zivilgesellschaft (ebd.). Nicht zuletzt dürfte auch der Wegzug einzelner Führungspersonen, insbesondere der Partei Die Rechte, zur gegenwärtigen Schwächung der Dortmunder Szene beigetragen haben. Ein Großteil der

Dortmunder Neonazis wird jedoch weiterhin als überaus gewaltbereit eingestuft (Brekenkamp 2021).

Im Falle des ländlich-kleinstädtischen Kontextes in Kahla und Saalfeld sind es hingegen die negativen Effekte der Verdrängungsprozesse in den ländlichen Raum, indem die »entleerten« Räume für überzeugte Aktivist:innen neue Attraktivität entfalten und sie dort eine eigene lokale Deutungshoheit entwickeln konnten. Während es Saalfeld dabei gelungen ist, entsprechende Entwicklungen umzukehren (siehe auch Strobl et al. 2003; Quent/Schulz 2015), betrachten rechts-extreme Akteure Kahla als ihre Stadt und treten entsprechend selbstbewusst und feindselig auf. Angehörige markierter Gruppen können sich dort kaum noch frei bewegen. So wurde etwa der Demokratieladen in Kahla, der im April 2013 anlässlich des geplanten »Tags der nationalen Jugend« in der Innenstadt eingerichtet wurde, wiederholt Ziel von Anschlägen. Im Interview erzählte uns ein rechtsextremer Jugendlicher aus Jena zudem, dass er seine Freizeit lieber mit Freunden in Kahla verbringe, weil er sich dort frei bewegen könne, während er in Jena wegen seiner (rechtsextremen) Kleidung Anfeindungen ausgesetzt sei.

Solche *Normalisierungsgewinne* lassen sich in urbanen Kontexten derzeit kaum realisieren. Gerade in großen Städten stellt sich eine aktive Zivilgesellschaft entsprechenden Versuchen entschlossen entgegen. Im kleinen Kahla wiederum zeigt sich, dass sich Normalisierungsgewinne einstellen, wenn solche Raumgewinne ohne demokratische Gegenwehr vorangetrieben und nicht mehr hinterfragt werden. Den ohnehin schwach aufgestellten zivilgesellschaftlichen Akteuren fehlt der Rückhalt durch die lokale Politik. Im Kommunalwahlkampf 2014 trat die CDU gar mit einem Kandidaten an, der offen mit zwei stadtbekannten Neonazis sympathisierte. Hier sind dann vor allem die Einstellungsmuster in der Bevölkerung von Bedeutung: Einerseits kann das Ausbleiben von Protest als stille Zustimmung einer »schweigenden Mehrheit« gedeutet werden und stärkt auf diese Weise das Selbstvertrauen rechtsextremer Akteure. Andererseits motiviert Widerrede zur Gegenwehr. Wer sich gegen den grassierenden Rechtsextremismus äußert, gilt als »Nestbeschmutzer« und wird von Akteuren des systemfeindlichen Milieus eingeschüchtert, zum Schweigen gebracht oder aus der Stadt vertrieben. In allen vier Phasen eskalierender Raunkämpfe kommt es also immer auch darauf an, dass zivilgesellschaftliche, politische und staatliche Akteure Verantwortung übernehmen.

Vor diesem Hintergrund sollen im nächsten Schritt anhand der vergleichenden Analyse der städtischen Zentren und ländlich-kleinstädtischen Sozialräume die begünstigenden und hemmenden Gelegenheitsstrukturen näher bestimmt und herausgearbeitet werden.

#### 4. Begünstigende und hemmende Gelegenheitsstrukturen in städtischen Zentren und ländlich-kleinstädtischen Sozialräumen

Wie die Ergebnisse der Sozialraumanalysen zeigen, speisen sich die Chancen der Mobilisierung, Ausbreitung und Verankerung rechter Bedrohungsallianzen in großstädtischen und ländlich-kleinstädtischen Sozialräumen aus grundsätzlich unterschiedlichen Konstellationen. So ist der ländliche Raum in seiner sozialstrukturellen Struktur z.B. der Berufsgruppen, der Vereine, der alltäglichen Interaktionen und vor allem der persönlichen Bekanntschaften und Beziehungen anders angelegt als die städtischen Kontexte, die deutlicher von Anonymität statt von Intimität geprägt sind (Heitmeyer 2014: 35). Zugleich bewirkt die demografische Entwicklung, dass sich ländliche und dörfliche Infrastrukturen einschließlich der Kleinstädte, die nicht im Umfeld von Metropolen liegen, massiv verändern (Dünel et al. 2014: 297f.). So sehen sich Räume wie Kahla und Saalfeld seit einigen Jahren mit den unmittelbaren Folgen von Geburtenrückgang, Überalterung und Wanderungsverlusten konfrontiert (vgl. z.B. BBSR 2015). Damit einher geht oft auch ein Rückbau von Institutionen der Daseinsvorsorge. Ärztliche Praxen, Schulen, Kindergärten, Freizeitmöglichkeiten und Läden schließen (vgl. auch Neu 2014: 117). Zudem sind in ländlichen Räumen am Abend und am Wochenende kaum noch Busse unterwegs (ebd.). Wer die Kultur- und Freizeitangebote der nahen (Klein-)Städte wahrnehmen möchte, ist auf ein eigenes Fahrzeug oder die Fahrbereitschaft von Bekannten oder Eltern angewiesen. Zudem führt das ökonomische »Abdriften« von Regionen zum Verlust qualifizierter Menschen, insbesondere junger Frauen, die dann fehlen, um lokale Betriebe oder das Vereins- und Freizeitleben zu übernehmen. Auch eine aktuelle Studie des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) zeigt, »dass die AfD dort erfolgreich ist, wo der Anteil der weiblichen Bevölkerung sinkt. Das ist ein Befund, der sich auch mit den Wahlanalysen auf Individualebene deckt, die unter Männern eine deutlich höhere AfD-Affinität als unter Frauen feststellen« (Richter et al. 2019: 7). Insofern gilt es aufmerksam zu verfolgen, ob es dem rechten Spektrum in ländlich-kleinstädtischen Gebieten gelingt, zivilgesellschaftliche Institutionen zu unterwandern. Gleiches gilt für die Lücken, die durch die zum Teil fehlende Präsenz der großen demokratischen Parteien entstehen. Hier nutzen Rechtsextreme vielerorts die Gelegenheit, sich als erfolgreiche »Kümmerer«, als die vermeintlich Einzigen, die sich den Problemen der verbliebenen Bevölkerung annehmen, zu präsentieren (Grau/Heitmeyer 2013; Quent 2014: 50).

Solche Möglichkeiten sind in verdichteten und großstädtischen Räumen vergleichsweise gering. Dort werden sie weitestgehend von antifaschistischen und aufmerksamen zivilgesellschaftlichen Gruppen aus dem öffentlichen Raum verdrängt und stark eingeschränkt. Selbst in Dortmund-Dorstfeld wehrt sich, wie

dargestellt, eine sehr aktive Zivilgesellschaft gegen »die Vereinnahmung ihres Stadtteils durch Rechtsextreme« (Back-Up – ComeBack 2018: 11). Trotz ihrer starken Präsenz im Stadtbild kann deshalb nicht von einer »Integration des Rechtsextremismus ins Gemeinwesen« (Borstel 2009: 68) die Rede sein.

Gleichwohl gelang es der Partei Die Rechte lange Zeit, Aktivist:innen verschiedener Strömungen und Generationen zumindest anlassbezogen zu vereinen. Auch zeigte sich die rechtsextreme Szene in Dortmund äußerst anpassungs- und wandlungsfähig. Nach dem Verbot der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) in 1995 wurde auf das Organisationsformat der sogenannten »Freien Kameradschaften« umgestellt, nach dem Verbot des »Nationalen Widerstands Dortmund« (NDWO) in 2012 retteten sich die Aktivist:innen wieder unter das schützende Dach des Parteiengesetzes und gründeten nur wenige Wochen nach dem Verbot dieser Organisation einen Kreisverband der Partei Die Rechte. Die »Flucht« unter das Parteiendach sollte den Aktivist:innen einerseits als Schutz vor weiteren Repressionsmaßnahmen dienen (Schulze 2017: 465), andererseits ermöglichen die Parteienprivilegien – bei entsprechendem Zuspruch der Wähler:innen – eine staatliche Teilfinanzierung sowie größere Partizipationsmöglichkeiten bezüglich politischer Entscheidungsprozesse.

Weiterhin zeigt die Szene in Dortmund ein ausgesprochenes Organisations-talent. So gelang es ihr über Jahre, große Demonstrationen mit mehr als 1.000 Teilnehmer:innen auf die Beine zu stellen. Mit dem »Dortmundecho« und der Website des Bundesverbandes verfügt Die Rechte zudem über zwei Internetportale, die – neben einem Twitter- und Facebook-Account – die Parteiaktivitäten sowie lokalpolitische Ereignisse in einer vergleichsweise hohen Publikationsfrequenz dokumentieren. Weiterhin gelang es ihnen, ihre Aktivitäten im Internet erfolgreich an ihre Aktivitäten im realen Raum zu koppeln. Möglich wurde dies zum einen, weil die Stadt das Problem lange Zeit nicht ernst genommen hat. Zum anderen gelang es, fähige Aktivist:innen aus dem gesamten Bundesgebiet ins Ruhrgebiet zu locken. Außerdem wissen sich die führenden Dortmunder Akteure juristisch zur Wehr zu setzen, weil sie entweder entsprechend ausgebildet sind oder von Anwält:innen unterstützt werden.

Trotz der vergleichsweisen guten Anbindung an den öffentlichen Nah- und Fernverkehr stellt sich in Berlin die Situation bei grundsätzlich ähnlichen Gelegenheitsstrukturen anders dar. Stadtteilübergreifende Aktivitäten wie in Dortmund gibt es nicht. Die Aktionen bleiben weitgehend bezirks- bzw. kiezbezogen. Die verschiedenen aktuellen Aktionsgruppen in Anlehnung an die ehemaligen Berliner AN bzw. den »Nationalen Widerstand Berlin« (NW-Berlin) haben in der Regel nur kurzzeitig Bestand. Heimatlos gewordene Aktivist:innen werden dann in das als »Freie Kräfte« bezeichnete Netzwerk integriert oder von parteipolitischen Gruppen aufgesogen, die überwiegend im Ostteil der Stadt tätig sind. Dabei haben sowohl die zivilgesellschaftliche Aufmerksamkeit als auch die nach

der Aufdeckung der NSU-Morde nicht mehr zögerliche Beobachtung und Repression durch staatliche Behörden dazu beigetragen, dass es seit der Indizierung von NW-Berlin nicht mehr gelungen ist, eine vergleichbare Internetplattform ins Leben zu rufen. Gleichwohl ist Berlin nach wie vor ein attraktiver Aufmarschort, allerdings vorrangig für auswärtige Rechtsextreme.

Die Akteure des klassischen Berliner Rechtsextremismus schaffen es hingegen nicht, ihren Niedergang aufzuhalten. Dies betrifft vor allem die Berliner NPD, trotz ihrer starken personellen Überschneidung mit der Berliner Kameradschaftsszene. Gleichzeitig zeigen die kurzfristigen Erfolge sowie der Anspruch zu einzelnen Veranstaltungen, dass das rechtsextreme Milieu in Berlin punktuell immer noch über ein enormes Mobilisierungspotenzial verfügt. So reisten zum Rudolf-Heß-Gedenkmarsch 2017 rund 1.000 Rechtsextreme aus Deutschland und dem näheren europäischen Ausland an (Berliner BMI/VSB 2019: 120). Blockaden der Zivilgesellschaft verhinderten allerdings einen reibungslosen Verlauf. Generell ist die Gegenöffentlichkeit in Berlin stark ausgeprägt. Sie besteht aus einem breiten Aktionsbündnis, zu dem die Stadt Berlin ebenso gehört wie Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Kultureinrichtungen, Schulen sowie zivilgesellschaftliche und antifaschistische Gruppen. Auch im Berliner Abgeordnetenhaus sowie in den Bezirksvertretungen stoßen rechtsextreme wie autoritäre und nationalradikale Positionen weitestgehend auf Ablehnung und Widerstand. Gleichwohl wurde wiederholt kritisiert, dass die Berliner Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden lange Zeit nicht konsequent gegen die Mitglieder des NW-Berlin vorgegangen wären und auf diese Weise zum Erstarken rechtsextremer Strukturen in einzelnen Stadtteilen Berlins beigetragen hätten.

Auch ist die Gewaltbereitschaft der Berliner Akteure nach wie vor hoch. Allein von 2016 bis 2019 wurden in Berlin-Neukölln mehr als 55 rechtsmotivierte Anschläge verübt, darunter 16 Brandanschläge. Die Zahl der rechtsextremistischen Gewalttaten stieg in Berlin innerhalb kurzer Zeit um 20 Prozent – von 128 Fällen im Jahr 2018 auf 153 Fälle im Jahr darauf (Betschka 2020).

In ländlich-kleinstädtischen Kontexten sehen die Gelegenheitsstrukturen anders aus. Dort geht es nicht um Masse, sondern um die Intensität von Beziehungen und die Möglichkeiten des direkten Kontakts. Gleichzeitig herrschen dort aber auch andere Formen der Vergemeinschaftung und sozialen Kontrolle vor. Damit ist oftmals auch eine geringere Bereitschaft verbunden, Konflikte innerhalb des Gemeinwesens zu thematisieren. Denn je enger und homogener die Bekanntschaften und Netzwerke sind, desto höher ist auch der Anpassungsdruck. Dies hindert lokale Eliten wie Bürgermeister:innen oftmals daran, eindeutig Position zu beziehen. »Wir waren ein kleiner Kreis im Stadtrat, der versucht hat, das Problem Rechtsextremismus anzugehen«, berichtet die ehemalige Bürgermeisterin von Kahla, »aber niemand in Kahla will Position beziehen. Das Problem



wird weggedrückt und verharmlost« (Langer 2018). In Kahla kam es so zu einer Normalisierung rechtsextremer Strukturen.

Quent und Schulz (2015) kommen zu einem ähnlichen Ergebnis. Auch ihre lokalen Fallstudien zeigen: In Jena hat ein zivilgesellschaftliches und städtisches Engagement gegen rechts dazu geführt, dass führende Rechtsextreme ihren Wohnsitz und ihre Aktivitäten ins benachbarte Kahla verlagert haben. Dort konnten die Rechtsextremist:innen 2011 ein Haus – die sogenannte Burg 19 – in der Innenstadt erwerben. »Die Annahme, dort auf mehr Sympathie und Zuspruch zu stoßen«, betont auch der Präsident des Thüringer Verfassungsschutzes, »dürfte dabei ebenso maßgeblich [gewesen] sein wie die Vorstellung, hier unbehelligt agieren zu können« (Langer 2018).

Auch für Saalfeld konnte im Rahmen unserer Untersuchung eine Verlagerung rechtsextremer Aktivitäten in das ländliche Umfeld Saalfelds beobachtet werden (vgl. auch Quent/Schulz 2015: 41ff.). Viele Probleme, die in Saalfeld in den 1990er-Jahren und um die Jahrtausendwende zu beobachten waren (Strobl et al. 2003), beschäftigen nun umliegende Gemeinden, wo u.a. neue Gelegenheitsstrukturen durch billigen, weil leerstehenden Wohnungsbestand entstanden sind. In Saalfeld hat sich hingegen ein breites zivilgesellschaftliches Engagement herausgebildet. Auch fanden in den letzten Jahren zahlreiche Aktionen statt, um zu verhindern, dass rechte Akteure erneut Wirkungsmacht entfalten können.

Gleichzeitig steht Saalfeld jedoch wie Kahla vor der Herausforderung, trotz kommunaler Finanznot den staatlichen Einfluss aufrechtzuerhalten und präventiv gegen rechtsextreme Tendenzen vorzugehen, indem beispielsweise Angebote der Jugendarbeit bereitgestellt werden (siehe auch Quent/Schulz 2015: 52ff., 156). Allerdings könnte sich die Idee der sogenannten »selbstverwalteten Jugendzentren«, die uns in den Interviews begegnet ist, gerade in den umliegenden Gemeinden als eher kontraproduktiv erweisen. Jugendliche haben dort oft kaum Abwechslung, und die Möglichkeiten bzw. Anreize für soziales Engagement sind gering. Dadurch bieten sich günstige Anknüpfungspunkte für rechtsextreme Akteure.

Hinzu kommt ein vergleichsweise geringes Spektrum an subkulturellen Ausdrucksformen, weshalb insbesondere Jugendliche einem größeren Konformitätsdruck ausgesetzt sind. Sie passen sich vorhandenen Cliquenstrukturen an, weil sie Freundeskreise nicht einfach so wechseln können. Ein weiteres Problem in den Dörfern und kleinen Städten sind die Verharmlosung und Relativierung rechter Jugend- und Subkulturen, häufig einhergehend mit der Kriminalisierung linker Gegenkulturen. Dadurch wird die Wahrnehmung als politisches Problem verhindert und der Zeitpunkt für geeignete Gegenmaßnahmen verpasst. Aus beiden Faktoren kann sich eine feindselige Aufschaukelungsdynamik von Denk- und Handlungsmotiven entwickeln, die nicht allein Jugendliche betreffen müssen.

Auch zeigen die Wahlergebnisse der AfD in Kahla (27,1 % Erststimmen) und Saalfeld (25,6 % Erststimmen) ein erhebliches Potenzial für autoritär-national-



radikales Gedankengut. Allerdings konnte die AfD bei der Bundestagswahl 2017 auch in einzelnen Ostberliner Bezirken einen Stimmenanteil von über 20 % erzielen und verweist auch für Berlin auf ein durchaus vorhandenes rassistisches sowie fremden- bzw. muslimfeindliches Mobilisierungspotenzial.<sup>6</sup>

In den niedersächsischen Gemeinden Buchholz in der Nordheide und Tostedt zeigen sich noch einmal andere Gelegenheitsstrukturen. Beide Kleinstädte liegen im Einzugsbereich von Hamburg. Rechtsextreme Gruppen wie die Kameradschaft »Nationaler Widerstand Tostedt« oder »Gladiator Germania« hatten in den Orten durchaus eine Tradition, ihre Mitglieder waren in der örtlichen Freiwilligen Feuerwehr oder in Sportvereinen aktiv. Die »Aktionsgruppe Nordheide« versuchte über eine Bürger:innenbewegung, Anschluss an das bürgerliche Lager zu finden, um insbesondere gegen die Unterbringung von Geflüchteten im Landkreis Harburg vorzugehen. Dabei sind die verschiedenen (Klein-)Gruppen zwar gut vernetzt, zugleich sind die internen Streitigkeiten jedoch so groß, dass sie nicht weiter expandieren. Hinzu kommen auch hier die anhaltende und zunehmende Distanzierung einer breiten Gegenöffentlichkeit sowie ein Strategiewechsel der Polizei. Auch wurde die hohe soziale Kontrolle in den ländlich-kleinstädtischen Strukturen genutzt, um die rechtsextremen Aktivist:innen aus ihrer Anonymität zu holen und sie aus dem öffentlichen Raum ins Private zurückzudrängen (Heitmeyer et al. 2020: 194).

Entscheidend ist also demnach weniger die Größe oder die geografische Lage als vielmehr die Konfliktfähigkeit von Stadtgesellschaften und Gemeinden. Wo Konflikte offensiv angegangen und ausgetragen werden, können rechte Bedrohungsallianzen nur schwer Fuß fassen und gedeihen. Wo hingegen die Sorge um das Image der Stadt oder der Wunsch nach Harmonie überwiegt, lassen sich Normalisierungsprozesse beobachten. Man müsse als Verwaltung die »Neutralität wahren«, heißt es dann etwa. Für vermeintlich Abweichende kann dies jedoch bedeuten, dass sie stigmatisiert, ausgeschlossen oder gar bedroht werden (siehe auch Dünkel/Geng 2014: 153f.).

Erschwerend kommt hinzu, dass in dörflichen Regionen institutionelle Kontrollen beispielsweise durch die Polizei kaum präsent sind. Schon aus strukturellen Gründen ist es in der Peripherie schwieriger, Straftaten frühzeitig zu registrieren oder Menschen vor möglichen Übergriffen zu schützen (siehe auch Heitmeyer 2014: 143f.). Oft fehlt es in den kleinstädtischen und ländlich dünn

---

6 Für die Bundestagswahl 2017 liegen die Ergebnisse für die Erst- und Zweitstimmen bislang nicht kleinräumig für Kahla und Saalfeld, sondern nur für den Wahlkreis Saalfeld-Rudolstadt – Saale-Holzland-Kreis – Saale-Orla-Kreis vor. Für die AfD betragen die Erststimmen 29,3 % bzw. 28,2 % für die Zweitstimmen. Im Vergleich mit anderen Wahlkreisen erreicht die AfD hier eines ihrer zehn besten Ergebnisse (<https://www.sueddeutsche.de/projekte/bundestagswahl-2017/saalfeld-rudolstadt-saale-holzland-kreis-saale-orkreis>, zuletzt geprüft am 26.10.2021).

besiedelten Siedlungsstrukturen auch an Wissen, Sensibilität, Netzwerken und finanziellen Mitteln, um angemessen gegen rechts vorzugehen. Zudem bestehen persönliche Verflechtungen mit Akteuren der rechtsextremen Szene. Man pflegt nachbarschaftliche Kontakte, unterstützt sich gegenseitig und ist eventuell schon gemeinsam zur Schule gegangen (vgl. auch Quent 2014: 50f.). Deshalb war es auch nicht überraschend, dass gerade in diesen Kontexten die Angriffe auf Flüchtlingsheime stattgefunden haben.

In der nachstehenden Tabelle sind noch einmal alle wesentlichen Gelegenheitsstrukturen für Raumeroberungen durch rechte Bedrohungsallianzen für großstädtische und ländlich-kleinstädtische Räume zusammengefasst und vergleichend dargestellt. Grundsätzlich wird zwischen vier wesentlichen Kategorien unterschieden: 1. Infrastrukturen, 2. Vergemeinschaftungen, 3. Institutionelle und informelle Kontrolle sowie 4. öffentliche Aufmerksamkeit und Kommunikation (siehe Tab. 2).

Tab. 2: Gelegenheitsstrukturen in großstädtischen und ländlich-kleinstädtischen Räumen, Quelle: Heitmeyer et al. 2020: 184ff.

<div>Kategorien</div>	Räume	Ländlich-kleinstädtischer Raum	Großstädtischer Raum
Infrastruktur			
Verkehrsinfrastruktur		Einschränkung des öffentlichen Nahverkehrs/keine Fernverkehrsverbindung	Verfügbarkeit des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs (schnelle Aktivierungsmöglichkeit)
Versammlungsinfrastruktur (Gaststätten/Privateinrichtungen)		Schließung von Gaststätten/Übernahme von Gaststätten durch Rechtsextreme	generelle Verfügbarkeit öffentlicher Treffpunkte
politische Infrastruktur		fehlende Präsenz der großen, demokratischen Parteien vor Ort	generelle Verfügbarkeit (Parteibüros) und Präsenz der großen, demokratischen Parteien
Vergemeinschaftungen			
Homogenität/Heterogenität der Einstellungen		hohe Homogenität bei Einstellungen	hohe Heterogenität der Einwohner:innen
Einsickerungen in Vereinen (Sportvereine, Feuerwehr, Schützenvereine, Kitas etc.)		hohe Chancen durch Veralterung und Entleerung der Dörfer (fehlender Nachwuchs in Institutionen)	altersspezifische »Durchmischung«

Bekanntschaften (Nachbarschaften/»Alltagshilfen«)	große Chancen über Nachbarschaftshilfe (»Kümmerer«), Gegenseitigkeit	professionelle Hilfsstrukturen
Wechselchancen des Freundes-/Bekanntenkreises	eher gering (außer Internet)	eher hoch
»Verschönerungen« des öffentlichen Raums	Dorfgemeinschaftsvereine	städtische Ämter/private Firmen
<i>Institutionelle und informelle Kontrolle</i>		
Kontrollstrukturen (Polizei)	Vergrößerung der Verwaltungsbezirke → Verringerung der Polizeistationen	schnellere Polizeikontrollen
Konformitätsdruck/Anonymität in den sozialen Kontakten	geringe Abweichungen vom dominierenden Verhalten (Ausschlussdrohungen)	Anonymität als »Schutz«
soziale Kontrolldichte (Wer spricht mit wem?)	hohe soziale Kontrolle (Jede:r kennt jede:n – und deren:dessen jeweilige Geschichte)	geringere soziale Kontrolle
<i>Öffentliche Aufmerksamkeit/Kommunikation</i>		
Ausdünnung der traditionellen Kommunikation (etwa über lokale Zeitungen)	keine/kaum Berichte über lokale Ereignisse (»alternative« Dorfblätter)	geringes Interesse im Nahraum
Demonstrationen: »Kritische Masse«	große Probleme für »kritische Masse« (Medienaufmerksamkeit)	geringe Probleme für »kritische Masse« (Medienpräsenz)
»Markierungen« des öffentlichen Raums (Spuckies, Graffiti, Wahlplakate etc.)	wenig Widerstand gegen die Markierungen	Kampf um die Anbringung, Beseitigung, konkurrierende Markierungen

## 5. Fazit und Ausblick

Mit dieser differenzierenden Darstellung sollte einerseits, wie eingangs erwähnt, vereinfachenden Gegenüberstellungen von Stadt und Land, Ost und West entgegengewirkt, andererseits aber zugleich die Bedeutung ländlich-kleinstädtischer Peripherien als Gelegenheitsstruktur rechter Bedrohungsallianzen deutlich gemacht werden. Zwar dominieren in den meisten Medien die Bilder von bedrohlich wirkenden *kurzzeitigen*, bestenfalls für wenige Stunden dauernden Aufmärschen, die zumeist in großen Städten wie Berlin stattfinden. Dies ist kalkulatorisch und logistisch effektiv, weil dort die medialen Resonanzerwartungen und die tatsächliche Erregung öffentlicher Aufmerksamkeit am größten sind.

Aber die *langfristigen* politischen Sozialisationsprozesse als Voraussetzungen für die Normalisierungs- und Mobilisierungsgewinne finden mit den beschriebenen Mechanismen in den ländlich-kleinstädtischen und vor allem in den peripheren sozialgeografischen Räumen statt. Vor diesem Hintergrund ist auch die Warnung des Verfassungsschutzes vor Immobilienkäufen insbesondere in ländlichen ostdeutschen Gebieten zu verstehen. Hier ist insbesondere die dünnbesiedelte Siedlungsstruktur in Ostdeutschland zu erwähnen, die dieser Strategie entgegenkommt. Dort stehen ausreichend bezahlbare Häuser zur Verfügung. Zudem bieten sich dort beste Möglichkeiten, strategisch Ehrenämter zu besetzen und in die Gesellschaft vor Ort hineinzuwirken (Röpke/Speit 2019: 134). Zu dieser Strategie gehören auch die sogenannten »völkischen Siedlungsprojekte, die auf eine langfristige Beeinflussung der Alltagskultur ausgerichtet sind« (ebd.). Insbesondere das 50-Einwohner:innen-Dörfchen Jamel im Landkreis Nordwestmecklenburg gilt mittlerweile als fest in »völkischer Hand«. Insofern entscheiden dann die Einstellungsmuster in der Bevölkerung und öffentlich wahrnehmbare Gegenpositionen darüber, ob die rechtsextremen Gruppierungen weitere Mobilisierungspotenziale ausschöpfen können oder nicht.

Dies gilt u.E. auch in Zeiten, in denen sich neue Funktionsdifferenzierungen zwischen dem Agieren in den virtuellen Räumen mit den Möglichkeiten der sozialen Netzwerke und dem Agieren in den realen Räumen ergeben. Zwar bauen sich die Bedrohungen zunehmend über virtuelle Aktionsräume und soziale Netzwerke auf. Die physischen Gewaltdemonstrationen und -taten vollziehen sich jedoch unverändert im realen Raum.

## Literatur

- Babka von Gostomski, Christian/Küpper, Beate/Heitmeyer, Wilhelm: »Fremdenfeindlichkeit in den Bundesländern. Die schwierige Lage in Ostdeutschland«, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.), *Deutsche Zustände*, Folge 5, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 102-128.
- BackUp – ComeBack (2018): *Alter Hass in neuen Kleidern* (2. erweiterte Auflage), Dortmund.
- Bescherer, Peter/Feustel; Robert/Schelenz, Laura/Sievi, Luzia (2018): *Urbaner Populismus? Das Gefahrenpotenzial der Stadtentwicklung*. PODESTA-Working Paper 1, August 2018, online verfügbar unter: <http://podesta-projekt.de/wp-content/uploads/2018/08/Urbaner-Populismus-WorkingPaper-1-Podesta-August-2018-web.pdf>, zuletzt geprüft am 26.10.2021.
- Betschka, Julius (2020): »Rechtsextremistische Gewalt in Berlin steigt um 20 Prozent«, in: *Der Tagesspiegel* vom 22.02.2020, online verfügbar unter: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/innensenator-geisel-gibt-der-afd-eine-mitschuld->

rechtsextremistische-gewalt-steigt-in-berlin-um-20-prozent/25572912.html, zuletzt geprüft am 26.10.2021.

- Borstel, Dierk (2009): »Geländegewinne? Versuch einer (Zwischen-)Bilanz rechts-extremer Erfolge und Misserfolge«, in: Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hg.), Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden: Springer VS, S. 58-74.
- Breckenkamp, Lukas (2021): »Wieso bekannte Neonazis aus NRW plötzlich nach Ostdeutschland umziehen«, in: Neue Westfälische vom 11.06.2021, online verfügbar unter: [https://www.nw.de/nachrichten/zwischen\\_weser\\_und\\_rhein/23028255\\_Wieso-bekannte-Neonazis-aus-NRW-ploetzlich-nach-Ostdeutschland-umziehen.html](https://www.nw.de/nachrichten/zwischen_weser_und_rhein/23028255_Wieso-bekannte-Neonazis-aus-NRW-ploetzlich-nach-Ostdeutschland-umziehen.html), zuletzt geprüft am 26.10.2021.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2015): Wohnungsmarktprognose 2030, Bonn.
- Düinkel, Frieder/Geng, Bernd (2014): »Gewalt und Rechtsextremismus in ländlichen Räumen. Response zum Beitrag von Wilhelm Heitmeyer«, in: Düinkel, Frieder/Herbst, Michael/Schlegel, Thomas (Hg.), Think Rural! Dynamiken des Wandels in peripheren ländlichen Räumen und ihre Implikationen für die Daseinsvorsorge, Wiesbaden: Springer VS, S. 147-161.
- Düinkel, Frieder/Herbst, Michael/Schlegel, Thomas (2014): Ertrag und Folgerungen aus der Greifswalder Tagung »Think rural! Dynamiken des Wandels in peripheren ländlichen Räumen und ihre Implikationen für die Daseinsvorsorge«, in: Düinkel, Frieder/Herbst, Michael/Schlegel, Thomas (Hg.), Think Rural! Dynamiken des Wandels in peripheren ländlichen Räumen und ihre Implikationen für die Daseinsvorsorge, Wiesbaden: Springer VS, S. 297-308.
- Grau, Andreas/Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2013): Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden, Weinheim: Beltz Juventa.
- Grau, Andreas/Groß, Eva/Reinecke, Jost (2012): »Abgehängte Sozialräume. Die Bedeutung der Jugendarbeitslosigkeit für Orientierungslosigkeit und Fremdenfeindlichkeit«, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.), Deutsche Zustände, Folge 10, Berlin: Suhrkamp, S. 129-149.
- Heitmeyer, Wilhelm (2014): »Rechtsextremismus im ländlichen Raum«, in: Düinkel, Frieder/Herbst, Michael/Schlegel, Thomas (Hg.), Think Rural! Dynamiken des Wandels in peripheren ländlichen Räumen und ihre Implikationen für die Daseinsvorsorge, Wiesbaden: Springer VS, S. 131-146.
- (2011): »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Interaktionsprozesse im gesellschaftlichen Raum«, in: Robertson-von Trotha, Carolin Y. (Hg.), Rechtsextremismus in Deutschland und Europa. Rechts außen – Rechts »Mitte?«, Baden-Baden: Nomos, S. 21-38.
- (2002): »Rechtsextremistische Gewalt«, in: Heitmeyer, Wilhelm/Hagan, John (Hg.), Internationales Handbuch der Gewaltforschung, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 501-546.

- (1999): »Sozialräumliche Machtversuche des ostdeutschen Rechtsextremismus – Zum Problem unzureichender Gegenöffentlichkeit in Städten und Kommunen«, in: Kalb, Peter E./Sitte, Karin/Petry, Christian (Hg.), Rechtsextremistische Jugendliche – was tun?, 5. Weinheimer Gespräche, Weinheim/Basel, S. 47-79.
- Heitmeyer, Wilhelm/Freiheit, Manuela/Sitzer, Peter (2020): Rechte Bedrohungsalleanzen. Signaturen der Bedrohung II, Berlin: Suhrkamp.
- Langer, Anette (2018): »Thüringens rechte Komfortzone«, in: Der Spiegel vom 21.07.2018, online verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/kahla-wie-ein-ort-in-thueringen-zur-neonazi-hochburg-wurde-a-1217534.html>, zuletzt geprüft am 26.10.2021.
- Marth, Julia/Grau, Andreas/Legge, Sandra (2010): »Fremdenfeindlichkeit: Warum der lokale Kontext einen Unterschied macht«, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.), Deutsche Zustände, Folge 9, Berlin: Suhrkamp, S. 61-81.
- Neu, Claudia (2014): »Ländliche Räume und Daseinsvorsorge – Bürgerschaftliches Engagement und Selbstaktivierung«, in: Dünkler, Frieder/Herbst, Michael/Schlegel, Thomas (Hg.), Think Rural! Dynamiken des Wandels in peripheren ländlichen Räumen und ihre Implikationen für die Daseinsvorsorge, Wiesbaden: Springer VS, S. 117-124.
- Petzke, Martin/Endrikat, Kirsten/Kühnel, Steffen M. (2007): »Risikofaktor Konformität. Soziale Gruppenprozesse im kommunalen Kontext«, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.), Deutsche Zustände, Folge 5, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 52-76.
- Quent, Mathias (2016): »Eine Frage des Milieus – Ist der Osten ein Hort der Rechten?«, in: MILIEU vom 15.05.2016, online verfügbar unter: <http://www.dasmili.eu/art/ist-der-osten-deutschlands-ein-hort-der-rechten>, zuletzt geprüft am 26.10.2021.
- (2014): »Der ›Volkstod‹ und die Übriggebliebenen. Rechtsradikale Angebote und Machtgewinne in abdriftenden und dörflichen Regionen«, in: Berliner Debatte Initial 25, 2014/1, S. 40-53.
- Quent, Mathias/Schulz, Peter (2015): Rechtsextremismus in lokalen Kontexten. Vier vergleichende Fallstudien, Wiesbaden: Springer VS.
- Richter, Christoph/Salheiser, Axel/Quent, Mathias (2019): Rechtsradikale Landnahme. Analyse des AfD-Wahlerfolgs zur Landtagswahl 2019 in den Thüringer Gemeinden, Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft, Jena 2019.
- Röpke, Andreas/Speit, Andreas (2019): Völkische Landnahme. Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos, Berlin: Ch. Links Verlag.
- Schultz, Tanjev (2018): NSU. Der Terror von rechts und das Versagen des Staates, München: Droemer HC.

- Schulze, Christoph (2017): Etikettenschwindel. Die Autonomen Nationalisten zwischen Pop und Antimoderne, Kommunikation & Kultur, Band 11, Baden-Baden: Tectum.
- Senatsverwaltung für Inneres und Sport (Hg.) (2019): Verfassungsschutz Berlin. Bericht 2018, Berlin, März 2019, online verfügbar unter: <https://www.berlin.de/sen/inneres/verfassungsschutz/publikationen/verfassungsschutzberichte>, zuletzt geprüft am 26.10.2021.
- Strobl, Rainer/Würtz, Stefanie/Klemm, Jana (2003): Demokratische Stadtkultur als Herausforderung. Stadtgesellschaften im Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Weinheim/München: Juventa.
- Wagner, Bernd (2008): »Neuer Rechtsextremismus und ›kulturelle Subversion‹«, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 4/2008, S. 6-16.
- Wernicke, Christian (2021): »Sperrstunde im Nazi-Kiez«, in: Süddeutsche Zeitung vom 25.03.2021, online verfügbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/dortmund-polizei-neonazis-1.5247203>, zuletzt geprüft am 26.10.2021.

